

Beschlussverfolgung gewünscht:

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

19/SVV/0330

öffentlich					
Betreff: Stadtteilrat Schlaatz/Waldstadt					
Einreicher: Fraktion DIE LINKE	Erstellungsdatum	19.03.2019			
	Eingang 922:				
Beratungsfolge:					
Datum der Sitzung Gremium		Zuständigkeit			
03.04.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		Entscheidung			
Beschlussvorschlag:					
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:					
	- 26 Mai 2010 v	uind film dia			
Mit der Neubesetzung der Stadtteilräte nach der Kommunalwahl ar Stadtteile Waldstadt I und II ein eigener Stadtteilrat eingerichtet.	n 26. Mai 2019 v	vira tur die			
Die bisherige Arbeit des Stadtteilrates für den Schlaatz geht in die	Arbeit des "Bünd	nisses für den			
Schlaatz" auf.					
gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg					
Fraktionsvorsitzender					
Unterschrift	Er	gebnisse der Vorberatungen auf der Rückseite			

Termin:

Demografische Auswirkungen:				
Klimatische Auswirkungen:				
Finanzielle Auswirkungen?		Ja		Nein
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)				
				of Falachivitachair
				ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Aktuelle Planungen und Entwicklungen zeigen deutlich, dass es in den Stadtteilen Waldstadt I und Waldstadt II einerseits und dem Stadtteil Schlaatz andererseits perspektivisch sehr unterschiedliche Aufgaben zu lösen gilt.

Der Schlaatz soll, maßgeblich getragen durch die dort ansässigen Wohnungsunternehmen, bis 2030 als Lebens- und Wohnort grundlegend umgestaltet werden. Diesen großen Herausforderungen müssen auch die organisatorischen Mitwirkungs- und Mitgestaltungsformen angepasst werden. Mit dem "Bündnis für den Schlaatz" ist dafür eine gute Grundlage gegeben.

In den beiden Waldstädten muss es vor allem darum gehen, Bestehendes zu erhalten, die Infrastruktur dem Wachstum anzugleichen, ein Stadtteilmanagement einzurichten, Bürger*inneninteressen aufzunehmen usw.